

Prolog

Originaldokument

Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert

© Verlag C.H.Beck

Am Sonnabend, dem 15. Februar 2003, fand die größte Demonstration in der europäischen Geschichte statt, um gegen den drohenden Irak-Krieg zu protestieren. In London drängten sich etwa eine Million Menschen auf dem Trafalgar Square und füllten die Straßen zwischen Themseufer und Euston Station; in Barcelona und Rom demonstrierten eine Million Menschen, in Madrid 600 000. Eine halbe Million trotzte im Berliner Tiergarten der beißenden Kälte, fast so viele wie bei der dort im Sommer stattfindenden Love Parade. Überall war die Menge friedlich. Es gab kaum Festnahmen und keine Gewalt. Die Demonstrationen zogen ein breites Spektrum von Teilnehmern an. Ein paar bedrohlich aussehende junge Leute trugen Lederkleidung und Palästinensertücher oder schwarze Sturmhauben, aber die überwiegende Mehrheit waren normale Bürger in warmen Wintermänteln und festen Schuhen – Rentner, Akademiker mittleren Alters, Gewerkschafter, Studenten und Ober- schüler. Es kamen viele Familien, Eltern und Großeltern, die seit den sechziger Jahren nicht mehr demonstriert hatten, und Kinder, die zum ersten Mal eine politische Demonstration mit ihrer spezifischen Mischung aus Erregung und Unbehagen erlebten. Eine deutsche Zeitung nannte es den «Aufstand der Normalen».

Viele Demonstranten trugen von den Veranstaltern vorbereitete oder selbst gemachte Spruchbänder und Plakate, auf denen sie die Motive verkündeten, für die sie auf die Straße gingen: FREIHEIT FÜR PALÄSTINA, KEIN BLUT FÜR ÖL, STOP MAD COWBOY DISEASE, AMERIKA, DER WAHRE SCHURKENSTAAT, MAKE TEA, NOT WAR und (mein persönlicher Favorit) DOWN WITH THIS SORT OF THING. Im Gegensatz zu den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg zeigte niemand die geringste Sympathie für die andere Seite; es gab keine irakischen Flaggen oder Bilder Saddam Husseins. Für die meisten Menschen ging es nicht

darum, wer im Recht oder im Unrecht war, sondern ob Krieg die Antwort sei. Der dreiundsiebzigjährige Thomas Elliot, ein Rechtsanwalt im Ruhestand aus Basildon in Essex, erklärte, warum er zum ersten Mal an einer politischen Demonstration teilnehme: «Ich erinnere mich an den Krieg und die Wirkung der Bomben auf London», sagte er zu einem Reporter. «Krieg sollte nur dann geführt werden, wenn es unbedingt notwendig ist.» In Berlin zeigten sich Judith Rohde und Ricarda Lindner, zwei vierzehnjährige Oberschülerinnen, überrascht, als man sie nach dem Grund für ihre Teilnahme fragte. «Krieg ist keine Lösung», sagten sie. Die siebenundsiebzigjährige Hilde Witaschek, eine altgediente Friedensmarschiererin, fügte hinzu: «Wir haben den Krieg noch erlebt, die Befreiung Berlins ... Nie wieder Krieg.» Wenn man in allen Städten das Menschenmeer überblickte, sah man am häufigsten ein einziges Wort: «Nein.»¹

Manche Beobachter deuteten den 15. Februar als Wendepunkt in der europäischen Geschichte. Der frühere französische Minister Dominique Strauss-Kahn erklärte, an jenem Tag sei eine neue «europäische Nation» geboren worden.² Ein paar Monate später riefen Jürgen Habermas und Jacques Derrida, zwei der bekanntesten europäischen Intellektuellen, Europa in einem Artikel mit dem Titel «Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas» dazu auf, «sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UNO in die Waagschale [zu] werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren».³ Wie Strauss-Kahn waren auch Habermas und Derrida der Auffassung, die Opposition Europas gegen den amerikanischen Militarismus könne eine neue europäische Identität schaffen, eine Identität, die vor allem anderen auf der Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik gegründet sei.

Am 5. Februar, nur zehn Tage vor den großen Demonstrationen, erschien ein Buch mit dem Titel *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* von Robert Kagan. Kagan, der kurze Zeit unter Präsident Reagan im Außenministerium gearbeitet und schon früh die Anwendung amerikanischer Macht zur Verbreitung der Demokratie in der Welt propagiert hatte, war einer der ersten, die für einen Krieg gegen den Irak eintraten. Sein Buch, das rasch die Bestsellerlisten erklomm, basierte auf dem Aufsatz «Power and Weakness» (Macht und Schwäche), der im Frühjahr zuvor in der wenig bekannten



Nein zum Krieg. Demonstranten an der Nelson-Säule auf dem Londoner Trafalgar Square, 15. Februar 2003. (Reuters/Corbis)

politischen Zeitschrift *Policy Review* erschienen war. Kagan versuchte die Unterschiede zwischen Europäern und Amerikanern zusammenzufassen, indem er den Titel eines aktuellen Buches über Geschlechterunterschiede aufnahm: «In den wichtigen strategischen und internationalen Fragen sind Amerikaner vom Mars und Europäer von der Venus.»⁴ Transatlantische Spannungen seien nicht bloß die Folge der europäischen Opposition gegen ein bestimmtes Ereignis oder die Politik einer bestimmten Regierung: «Wir sollten nicht länger so tun, als hätten Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in derselben Welt leben.» Die Europäer hätten sich von der Macht abgewandt und zögen es vor, in einem posthistorischen Paradies zu leben. Dagegen wüsten die Amerikaner, dass in der realen Welt Macht und militärische Stärke noch immer entscheidend seien. «Die Ursachen für die transatlantischen Misshelligkeiten liegen tief und werden nicht so bald beseitigt werden können.»⁵

Wie Habermas' und Derridas Forderung nach einer neuen europäischen Identität spiegelte auch Kagans Analyse die leidenschaftlichen Debatten wider, die sich auf beiden Seiten des Atlantik am Irakkrieg entzündeten. Wir werden zu diesen Debatten im letzten Kapitel zurückkehren. Im Moment genügt es, die Wahrheit im Zentrum dieser Vergleiche zwischen Europäern und Amerikanern festzustellen: zu Beginn des 21. Jahrhunderts waren sehr viel mehr Amerikaner als Europäer bereit, die Notwendigkeit von Gewaltanwendung zur Lösung internationaler Konflikte zu akzeptieren. Als 2003 der deutsche Marshall-Fonds Amerikaner befragte, ob sie glaubten, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig sei, um Gerechtigkeit herzustellen, stimmten 55 Prozent entschieden zu. In Frankreich und Deutschland waren es nur 12 Prozent.⁶

Europa ist am Beginn des 21. Jahrhunderts wirtschaftlich stark, zeigt aber kein Interesse, diese Stärke in militärische Macht umzuwandeln. Die Macht, die von europäischen Staaten international ausgeht, ist ökonomisch, kulturell und juristisch begründet; sie ist der äußere Ausdruck der Werte und Institutionen, die in ihren Beziehungen untereinander und zu ihren eigenen Bürgern die größte Bedeutung haben. Im Gegensatz dazu handeln die Vereinigten Staaten auf einer globalen Bühne mit einem gewaltigen Netzwerk militärischer Stützpunkte, einem dichten Gewebe von Allianzen und Verträgen, einer riesigen Sphäre von Macht

und Einfluss. Amerika ist nach den Worten von Timothy Garton Ash «heute der letzte wahrhaft souveräne europäische Nationalstaat.»⁷ Die Fähigkeit und Bereitschaft, Krieg zu führen, war traditionell der Kern souveräner Staatlichkeit. Auf welche Weise sich dies verändert hat, zumindest in Europa, ist das Thema dieses Buches.

Schon längere Zeit ehe der Irak-Krieg den Riss in den Beziehungen zwischen Europa und Amerika enthüllte, wiesen einige Forscher auf den schwindenden Glauben an die Wirksamkeit von Kriegen hin, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. In seinem Buch *Retreat from Doomsday* vertrat der amerikanische Politologe John Mueller die Auffassung, große Kriege – im Gegensatz zu Bürgerkriegen und organisierter Kriminalität – seien überholt. Laut Mueller lösten sich die Werte und Überzeugungen auf, die den Krieg früher zu einem unvermeidlichen Teil des Lebens gemacht hatten; die Menschen glaubten nicht länger, dass der Krieg ein wirksames Instrument der Politik und ein «Sieg» jemals den Preis wert sei. Krieg sei daher kein fester Teil der menschlichen Erfahrung, sondern werde wie andere scheinbar unheilbare soziale Übel, etwa Duelle und Sklaverei, schließlich verschwinden. Als Mueller seine Ideen 1989 zuerst veröffentlichte, äußerten verschiedene Kommentatoren, besonders Militärhistoriker wie Michael Howard und John Keegan, ihre Skepsis, ob das Thema, das sie ein Leben lang erforscht hatten, im Verschwinden begriffen sei. Im Lauf der neunziger Jahre begannen Keegan und Howard sich aber ebenso wie viele andere gut informierte Beobachter zu fragen, ob die uralte Verbindung zwischen Krieg und Staatlichkeit tatsächlich vor ihrem Ende stehe.⁸

Dieses Buch vertritt zwei zentrale Thesen: erstens, die Überwindung des Krieges ist kein globales, sondern ein europäisches Phänomen, das Ergebnis der spezifischen Geschichte Europas im 20. Jahrhundert; und zweitens, das Verschwinden des Krieges nach 1945 hat ein völlig neues internationales System in Europa und eine neue Art von europäischem Staat geschaffen.

Wir werden sehen, dass dieselben historischen Entwicklungen, welche die modernen europäischen Kriege so außergewöhnlich zerstörerisch gemacht haben, zum ersten Mal in Europas langer und blutiger Geschichte die zwischenstaatliche Gewalt aus der Staatengemeinschaft Europas verbannt haben. So gab zum Beispiel die Demokratisierung von Politik und Gesellschaft den europäischen Regierungen die Mög-

lichkeit, menschliche Ressourcen zu mobilisieren und Armeen von noch nie dagewesener Größe aufzustellen, wodurch Ausmaß und Intensität der Kriegführung dramatisch anstiegen. Die Demokratisierung stützte aber auch die Überzeugung, dass gewöhnliche Menschen, die wie immer die Last des Krieges trugen, ein Mitspracherecht haben sollten, ob oder wann Staaten kämpfen sollten, und dass sie, vor die Alternative Krieg oder Frieden gestellt, den Frieden wählen würden. Ähnlich verhält es sich mit dem Wachstum der industriellen Produktion. Sie ermöglichte die Herstellung und Stationierung von Waffen mit unerhörtem Zerstörungspotential, verstärkte aber auch die Verbindungen zwischen Völkern und Nationen und wob ein Netz gegenseitiger Abhängigkeiten, das einen friedlichen Austausch erforderte und aufrecht erhielt. Vielen war klar, dass ein großer Krieg diese Beziehungen beeinträchtigen, vielleicht zerstören würde und damit einen unkalkulierbaren Schaden für das wirtschaftliche und soziale Leben Europas bedeutete.

Im Jahr 1900 wurden die Staaten Europas von Männern regiert, die sich der potentiellen Risiken eines europäischen Krieges bewusst waren. Um diese Risiken zu beherrschen, unterhielten sie ein komplexes Geflecht von Institutionen, das den Frieden bewahren oder, sofern dies fehlschlug, den internationalen Konflikt eindämmen sollte. Wir sollten die Effektivität oder Wohltätigkeit dieses sogenannten «europäischen Konzerts» nicht überbewerten. Es ließ genug Raum für Gewalt außerhalb und Drohungen innerhalb Europas, war stets vom Eigeninteresse bestimmt und wirkte wie jedes internationale System meist zum Nutzen der Starken und auf Kosten der Schwachen. Dennoch schien die internationale Ordnung zu Beginn des 20. Jahrhunderts bemerkenswert gut zu funktionieren.

Deutlich weniger Europäer starben im 19. Jahrhundert bei Kampfhandlungen als im 18., vom extrem blutigen 20. Jahrhundert ganz zu schweigen. Zwischen 1648 und 1789 hatten die europäischen Mächte 48 Kriege geführt, von denen einige, wie der Siebenjährige Krieg in der Mitte des 18. Jahrhunderts, mehrere Jahre dauerten und sich um die ganze Welt zogen. Zwischen 1815 und 1914 gab es in Europa nur fünf Kriege, an denen zwei Großmächte beteiligt waren; alle waren zeitlich und räumlich begrenzt, und nur an einem waren mehr als zwei große Staaten beteiligt. Vom Ende des deutsch-französischen Kriegs 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 lebten die europäischen

Staaten in Frieden miteinander. Es war die längste Periode ohne Krieg in der europäischen Geschichte, die dann am Ende des 20. Jahrhunderts noch übertroffen wurde.

In der langen Friedenszeit des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts liegen die historischen Wurzeln der zivilen Politik und der Institutionen, die später das öffentliche Leben Europas dominieren sollten. Diese Politik und die Institutionen waren auf innenpolitische Ziele gerichtet; sie wollten Wirtschaftswachstum und den Handel fördern sowie neue Arten von Leistungen für ihre Bürger bereitstellen. Wie in der Zeit nach 1945 waren diese Entwicklungen nicht von der beispiellosen wirtschaftlichen Expansion zu trennen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die industrielle und landwirtschaftliche Produktion in Europa dramatisch an. Trotz einer wachsenden Bevölkerung wuchs das Pro-Kopf-Einkommen ebenso wie das Bruttoinlandsprodukt. Das Wachstum war geographisch unterschiedlich und seine Früchte waren ungleich verteilt, aber um 1900 erschien die europäische Gesellschaft zunehmend gleich gestimmt, friedlich und wohlhabend.

Aber obwohl sie im Frieden lebten, hatten die Europäer am Beginn des 20. Jahrhunderts ständig die Möglichkeit eines Krieges vor Augen. 1879 hatte Reichskanzler Otto von Bismarck zu einem russischen Diplomaten gesagt, «die Großmächte [glichen] Reisenden, die einander fremd wären und sich zufällig im Eisenbahnwagen zusammenfänden. Sie beobachteten einander, und wenn einer von ihnen die Hand in die Tasche stecke, prüfe der Nachbar seinen Revolver, um eher losschießen zu können.»⁹ Kein verantwortungsbewusster Staatsmann war bereit, in der Wachsamkeit den anderen gegenüber nachzulassen; die Chance, dass einer von ihnen zufällig oder absichtlich seine Waffe zog, war nie auszuschließen. Die Vorbereitung auf den Krieg war die bedeutendste staatsmännische Pflicht – natürlich nicht die einzige, aber die, welche allen anderen vorausging. Wirtschaftliche Prosperität, blühender Handel und soziale Wohlfahrt waren lohnenswerte Ziele, die zur Macht und Stabilität des Staates beitrugen, aber sie zählten nichts, wenn seine Existenz nicht gesichert war. Sicherheit bedeutete die Schaffung und Unterhaltung einer Armee, die in der Lage war, einen modernen Krieg zu führen und zu gewinnen. Wie der deutsche Politiker Friedrich Naumann am Ende des 19. Jahrhunderts schrieb: «Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?»¹⁰

Im Sommer 1914 kamen die Führer der Großmächte zu dem Schluss, sie hätten keine andere Wahl als den Kampf. Manche von ihnen hatten vielleicht einen europäischen Krieg aktiv angestrebt, aber keiner wollte den Krieg, den sie bekamen, einen Krieg, in dem die Europäer ihre außergewöhnliche Fähigkeit zur Mobilisierung menschlicher und physischer Ressourcen dazu benutzten, einander zu vernichten. Es war ein demokratischer Krieg, der das Leben fast aller Europäer erfasste; es war auch ein industrieller Krieg, in dem Tod und Verwüstung zum Hauptzweck der wirtschaftlichen Produktion wurden. Der Krieg forderte Millionen von Toten, meist junge Männer, und verschwendete gewaltige Ressourcen. Er entwurzelte alte Institutionen, zerriss neu entstandene ökonomische Verbindungen und zerstörte die zerbrechlichen Arrangements, die seit 1815 dazu gedient hatten, die Großmächte zu zähmen.

Angesichts der Verwüstung waren viele überzeugt, große Kriege seien tatsächlich obsolet geworden; einen weiteren würde Europa sicher nicht überleben. Andere zogen aber nicht diesen Schluss aus dem Krieg. Für sie war der Friede zu früh gekommen, noch ehe der Sieg erungen, der Feind vernichtet und die Gesellschaft von ihren schädlichen Elementen gesäubert worden war. Für diese Menschen war der Krieg eine Quelle von Heroismus, Disziplin und Kameradschaft, aus denen eine neue politische Ordnung entwickelt werden konnte. Das Europa der zwanziger und dreißiger Jahre war durch viele Bruchlinien gespalten – zwischen Demokratie und Diktatur, Kommunismus und Kapitalismus, zwischen rechts und links –, aber die wichtigste verlief zwischen den Gegnern und den Befürwortern politischer Gewalt im Inneren und Äußeren. Schließlich siegten die Anhänger der Gewalt und stürzten Europa in einen zweiten, noch schrecklicheren Krieg, in dem die Kräfte von Demokratie und Industrie erneut in Massenvernichtungswaffen verwandelt wurden.

Hätte es einen breiten öffentlichen Konsens über die Nutzlosigkeit des Krieges gegeben, um den Frieden zu garantieren, dann hätte ein Weltkrieg sicher für diese Einsicht genügt. Im Gegensatz zu Duell und Sklaverei, die nach und nach verschwanden, als ihr kultureller Nährboden abstarb, blieb der Krieg aber eine Gefahr, solange noch ein Staat zum Kampf bereit und willens war. *Alle* Fremden in Bismarcks metaphorischem Eisenbahnwagen mussten sicher sein, dass kein Mitreisender nach einer Waffe greifen würde. Sicherheit war unteilbar.

Dieses unteilbare Gefühl der Sicherheit entstand in Europa nach 1945, als die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion dem Kontinent eine neue Ordnung aufzuzwangen, indem sie die Staaten in ein bemerkenswert stabiles und friedliches System teilten und organisierten. Dieses System war der Brutkasten für die allmähliche Transformation der westeuropäischen Staaten. Sie wurden zivile Staaten, die zwar die Fähigkeit behielten, gegeneinander Krieg zu führen, aber jedes Interesse daran verloren. Das Ergebnis war ein Untergang der Gewalt im doppelten Sinne: Gewalt verlor an Bedeutung und sie wurde von etwas anderem verdeckt, nämlich der Pflicht des Staates, das Wirtschaftswachstum zu fördern, soziale Absicherung zu bieten und die persönliche Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Der Untergang der Gewalt ging schrittweise vor sich. Es war eine langsame, lautlose Revolution, die leicht zu übersehen war; dennoch war sie ebenso wichtig wie jede andere Revolution in der europäischen Geschichte. Um das Wesen und die Bedeutung dieser Revolution zu verstehen, müssen wir uns einer Zeit zuwenden, als der Krieg noch das wichtigste Element im Leben der Staaten Europas war.